

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn



Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Pf., bei Lieferung frei Haus 50 Pf. Postbezug monatlich 2,30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 3. — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an

bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Carl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. D. N. X.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolfs-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 258

Mittwoch, den 4. November 1936

88. Jahrgang

Das Verhältnis Wien-Berlin

Staatssekretär Dr. Schmidt über den Sinn der Wiener Dreierkonferenz

Der österreichische Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Guido Schmidt, sprach über das deutsch-österreichische Verhältnis seit dem 11. Juli sowie über die Grundzüge der österreichischen Haltung hinsichtlich der bevorstehenden Dreierbesprechungen in Wien. Gleichzeitig teilte er mit, daß er auf Anregung des deutschen Außenministers Freiherr von Neurath durch Vorschlag von Papen in der zweiten Novemberhälfte nach Berlin reisen werde.

Grundsätzlich, so erklärte Dr. Schmidt, sei festzustellen, daß die in die neuen Vereinbarungen vom 11. Juli gesetzten Hoffnungen sich erfüllt hätten. Eine allgemeine Entspannung sei sichtlich festzustellen. Somit sei das Hauptziel des Abkommens, die Zeit einer getriebenen dreijährigen Vergangenheit zu beenden, im allgemeinen erreicht.

Durch eine befriedigende Regelung der Frage der Führung der Hoheitszeichen, die besonders im Reiseverkehr eine einschneidende Rolle gespielt habe, sei es auch gelungen, diesen Verkehr von Land zu Land günstig zu beeinflussen, der leider noch durch die valutarischen Schwierigkeiten gehemmt werde. Dann ging Dr. Schmidt auf die Mailänder Rede Mussolini ein, die Österreichs Unabhängigkeit dogmatisch unterstrichen habe.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ging der Vortragende zunächst auf die allgemeine politische Lage in Europa ein. Desterreich betenne sich, wie er bei der letzten Völkerbundstagung ausgeführt habe, nach wie vor zum Gedanken des Völkerbundes, allerdings unter der Voraussetzung einer grundlegenden Reform. Dabei halte Desterreich an der Forderung der

Auflösung des Friedensvertrages von der Genfer Institution

grundsätzlich fest. Außerdem vertrete die österreichische Regierung die Ansicht, daß der Völkerbund sich nicht mit Fragen beschäftigen sollte, die leichter in unmittelbarem Gedankenaustausch bereinigt werden könnten. Die Reise des italienischen Außenministers Ciano nach Deutschland könne in diesem Zusammenhang als bedeutsamer Fortschritt bezeichnet werden.

Parlamentseröffnung in London

Die Thronrede des englischen Königs

König Eduard VIII. von England hat am Dienstag die erste Parlamentseröffnung seiner Regierungszeit vorgenommen. Wegen des strömenden Regens fuhr der König ohne das seit zwei Generationen geübte Zeremoniell im Auto zum Oberhaus, wo er zunächst den traditionellen Eid auf das protestantische Glaubensbekenntnis leistete. Dann verlas Eduard VIII. die Thronrede, in der erneut die bereits bekannten Richtlinien der englischen Politik dargelegt wurden.

Der König betonte, daß die britische Regierung ihre Politik auf die Mitarbeit beim Völkerbund stütze, daß sie jedoch Vorschläge zu einer Reform des Völkerbundes bereits in Genf eingereicht habe. Die Befriedigung Europas soll von England mit allen Mitteln gefördert und es soll auf einen Westpaz hingearbeitet werden. Die Flottenabmachungen zwischen Amerika, Frankreich und England sollen nach der Thronrede Grundlage einer internationalen Flottenvereinbarung bilden.

Weiter bekannte sich Eduard VIII. zu dem Gedanken des Nichteinmischungsabkommens in Spanien. Den Bündnisvertrag zwischen Argentinien und England hofft er noch vor Ende des Jahres ratifizieren zu können.

Im Mai nächsten Jahres soll anlässlich der Krönungsfeierlichkeiten eine britische Reichskonferenz stattfinden. Im Anschluß an die Krönungsfeierlichkeiten will der König zur Kaiserkrönung nach Indien reisen. Zur Palästinafrage teilte der König mit, daß die königliche Untersuchungskommission noch in dieser Woche abreisen wird.

Die kommenden Besprechungen

Was die kommenden Besprechungen der Staaten der römischen Protokolle betreffe, so hätten diese in erster Linie den Sinn, die Übereinstimmung in grundsätzlichen Fragen sinnfällig der Welt vor Augen zu führen. Außerdem werde die erneute Aussprache Gelegenheit bieten, die verschiedensten wirtschaftlichen und politischen Fragen einer gründlichen Klärung zu unterziehen.

Auf eine Zwischenfrage, ob Desterreich beabsichtige, sich zum Mittler der ungarischen Revisionswünsche zu machen, erklärte Staatssekretär Schmidt, daß letzten Endes diese Frage Budapest allein angehe, daß aber begreiflicherweise in Desterreich größte Sympathie für solche Wünsche des befreundeten Nachbarvolkes, mit dem man Jahrzehnte lang unter einem Dach gewohnt habe, beständen.

Neue Minister in Wien

Die vor einigen Tagen angekündigte Möglichkeit einer Umbildung der österreichischen Regierung noch vor den außenpolitischen Verhandlungen ist im Laufe des Dienstagabend in einen entscheidenden Abschnitt getreten. Nach den letzten Informationen steht nunmehr fest, daß vier Minister aus der Regierung ausscheiden, und zwar der Vizekanzler Baar-Bahrensels, der Finanzminister Dreßler, der Handelsminister Stodinger und der Justizminister Hammerstein-Equod.

Dafür treten in das Kabinett ein: Als Vizekanzler Feldmarschalleutnant Hülgerth, der vor kurzem zum Führer der Frontmiliz ernannt wurde; Hülgerth war bisher Landeshauptmann von Kärnten; als Innenminister Glasse-Hofstaetter, der bisher Minister ohne Geschäftsbereich war; als Sicherheitsminister Neustädter-Schürmer, dieser war seinerzeit Sozialminister und später Gesandter in Budapest; als Handelsminister der Grazer Universitätsprofessor Taugher; als Finanzminister der bisherige Finanzreferent der Gemeinde Wien, Neumayer. Als Justizminister wird wahrscheinlich der Rat des Obersten Gerichtshofes, Pilz, ernannt werden, doch steht diese Ernennung noch nicht fest. Ferner ist dem Sozialminister ein Staatssekretär für Arbeitswesen in der Person des Leiters der Postgewerkschaft, Hans Rott, beigegeben worden.

bruch, die der konservativen Partei angehört, die Adresse vorgebracht, mit der die Debatte über die Königsrede eröffnet wurde. Sie wurde unterstützt durch einen zweiten konservativen Abgeordneten, Harold Nicholson. Die Führer der beiden Oppositionsparteien werden dann wie üblich ihre Zusatzanträge einbringen.

Die Tagung des Unterhauses

Die konservative Abgeordnete Miss Horsburgh begrüßte zunächst die in der Thronrede angekündigten innerpolitischen Maßnahmen und gab ihrer Befriedigung darüber Ausdruck, daß die englische Regierung den Völkerbund weiterhin verstärken wolle. Unter großem Beifall erklärte sie, das englische Volk wolle in Zukunft nicht mehr darunter leiden, daß seine Streitkräfte nicht genügend stark gerüstet seien. England müsse stark sein. Der nationale Labour-Abgeordnete Harold Nicholson sprach über die Notwendigkeit, den englischen Gläubigern Hilfe zu bringen. In der Außenpolitik hätten sich, so führte der Redner u. a. weiter aus, im letzten Jahr die Beziehungen zu den anderen europäischen Staaten beträchtlich gebessert.

Das deutsche Volk habe den Engländern in den letzten Monaten ein Maß der Sympathie und Freundschaft gezeigt, das jeden ermutigen müsse, der eine Vereinbarung zwischen dem deutschen und dem englischen Volk zu freundschaftlichen und gleichen Bedingungen wünsche.

Nicholson erklärte im übrigen, daß sich das englische Volk in drei Dingen einig sei, nämlich, daß es keinen Krieg und keine Diktatur wünsche, und daß es das nicht verlieren wolle, was es jetzt besitze. Er begrüßte die Versicherung, daß sich die englische Außenpolitik nicht auf Bündnisse stützen werde, die sich gegen einzelne Mächtegruppen richten würden, sondern auf frei ausgehandelte regionale Abmachungen.

Der Oppositionsführer Attlee begrüßte die angekündigte Gesetzgebung über politische Kundgebungen und meinte weiter, die Rede des Königs enthalte keinen Hinweis auf die Verschlechterung der internationalen Lage oder darauf, daß sich die englische Regierung bemühen werde, gegen die wirklichen Ursachen der internationalen Unruhe vorzugehen. Die Regierung trage einen Teil der Verantwortung für die Verschlechterung der internationalen Lage.

Regierungserklärung zur Palästinafrage

Anschließend sprach Ministerpräsident Baldwin, der sich hauptsächlich auf innerpolitische Angelegenheiten beschränkte. Am Donnerstag werde eine allgemeine außenpolitische Aussprache stattfinden. Eine Regierungserklärung über Palästina werde gleichfalls am Donnerstag abgegeben. Nach kurzer Erwähnung der im Mai nächsten Jahres stattfindenden britischen Reichskonferenz wies Baldwin auf den zunehmenden Ueberfluß der Einfuhr über die Ausfuhr hin, betonte aber, daß die Erzeugung ebenso wie der Kleinhandel eine Besserung aufweise.

Ein großer Teil der Baldwin-Rede war eine Wiederholung der bereits in der Thronrede angekündigten Maßnahmen. Hierbei beschäftigte sich der Redner auch mit der geplanten Vorlage zur Aenderung des Gesetzes über die öffentliche Ordnung. Alle britischen Bürger ohne Unterschied seien berechtigt, ohne Furcht vor Gewalttätigkeiten oder Einschränkungen ihrem Beruf nachzugehen. Die Regierung werde auch nicht einen Augenblick lang die Einschüchterung irgendeiner Gruppe dulden.

Gegen das Kriegs-Gerede

Gleichzeitig mit der Aussprache im Unterhaus fand auch eine außenpolitische Aussprache im Oberhaus statt.

Lord Halifax, der Lordfiegelbewahrer, betonte u. a., daß die britische Regierung stärksten Anteil an den Vorkäufen im Fernen Osten nehme, und er wandte sich scharf gegen das Gerede von einem kommenden Krieg. Lord Halifax erklärte im Namen der Regierung, daß ihrer An-